



2021/39 Disko

<https://ads.jungle.world/artikel/2021/39/ein-klima-fuer-radikalitaet>

Sollte die Klimabewegung zu radikaleren Protestformen greifen

Ein Klima für Radikalität?

Disko Von **Fabian Sänger Sebastian Weiermann**

Anhängerinnen und Anhänger der Klimabewegung traten kürzlich in Berlin für über drei Wochen in den Hungerstreik - unter anderem, um ein öffentliches Gespräch mit den Kanzlerkandidaten von CDU, SPD und Grünen zu erwirken. Sind solche Aktionen radikal? Und sind radikale Aktionen in Anbetracht der Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels gerechtfertigt?

Radikal im Namen der Macht

Radikale Aktionen sind noch lange keine radikale Politik. Radikalerer Aktivismus bedeutet auch mehr Vereinfachung und weniger Wissenschaft.

Von Fabian Sänger

Existentielle Probleme erfordern radikale Aktionen, notfalls muss man auch mal Hamburg bombardieren. Das ist richtig. Der Klimawandel ist ein existentielles Problem. Auch das ist sicher. Dennoch gilt sogar für Hamburg: Wenn man sich nicht ziemlich sicher ist, dass auf diese Weise ein Weltkrieg seinem Ende nähergebracht und ein Holocaust aufgehoben werden kann, dann ist die Bombardierung einer ganzen Stadt schwer vertretbar. Wenn man die Deutschen mit einem Pop-up-Radweg in Altona zur Raison bringen kann, wäre dieser einer Bombardierung immer vorzuziehen.

In den Hungerstreik zu treten, damit Olaf Scholz, Armin Laschet und Annalena Baerbock öffentlich mit einem sprechen, ist hochnotpeinliche Selbstinszenierung.

Man sollte sich bei radikalen Aktionen daher zum einen möglichst sicher sein, dass sie wirklich auf die Wurzel (lateinisch radix) des Problems zielen – sonst sind sie einfach nur extrem. Zum anderen sollte man sich sicher sein, dass das Problem so gravierend ist, dass es derartige Aktionen erfordert. Man kann nicht wegen jedem Scheiß Hamburg bombardieren, selbst wenn es erfolgreich wäre.

Das alles gilt für die herrschende Klimapolitik wie für die Klimaproteste. Die Radikalität einer Aktion bestimmt sich aber auch über das Ausmaß der drohenden Repression. Ein paar Flugblätter zu verteilen, ist an sich wenig radikal. In München hat es 1943 die Mitglieder der Widerstandsgruppe »Die Weiße Rose« ihr Leben gekostet. Ist ein Hungerstreik fürs Klima radikal? Ja, sicher. Für die Ausübenden. Und nur für sie.

Letztlich müssen Aktionen, um radikal zu sein, auch radikale Ziele haben. In den Hungerstreik zu treten, damit Olaf Scholz, Armin Laschet und Annalena Baerbock öffentlich mit einem sprechen, dient, selbst wenn einer der Berliner Jugendlichen dabei tatsächlich gestorben wäre, keinem radikalen Ziel, sondern nur hochnotpeinlicher Selbstinszenierung – oder ist ein erschreckender Ausdruck der psychischen Belastung junger Menschen durch beständig reproduzierte apokalyptische Ängste.

Im Wesentlichen geht es der Klimabewegung, den weniger radikalen Kräften ebenso wie den radikaleren, um den Kohleausstieg. Da längst beschlossen ist, dass dieser bis 2038 vollzogen werden soll, wird nur noch um den Zeitplan gerungen; beim Klimastreik am Freitag voriger Woche wurde ein Ausstieg bis spätestens 2030 gefordert. Während es in Deutschland darum geht, ein paar Jahre früher oder später das letzte Kraftwerk abzuschalten, wird in China, wo schon jetzt jedes zweite Kohlekraftwerk der Welt steht, stark in Kohleverstromung investiert. Sollte eine wirklich radikale Bewegung sich nicht – zumindest auch – den besonders gravierenden Problemen widmen, und was sagt es über sie aus, wenn sie dies nicht tut?

Ein anderes Thema, bei dem sich der Klimaprotest radikalisiert, ist die Verkehrspolitik. Doch Autos mit Verbrennungsmotoren abzuschaffen, ist nicht nur Regierungspolitik, sondern längst auch Programm der Konzerne. Dagegen erscheint die Forderung nach autofreien Innenstädten und in Deutschland sogar die nach einem Tempolimit auf Autobahnen zwar als relativ radikal, hat allerdings rein gar nichts mit Klimaschutz zu tun, wenn die Autos mit Elektromotoren ausgestattet sind.

Natürlich versteht sich der Klimaprotest selbst als Gegenbewegung zur Macht, aber ist er das wirklich? Große Stromproduzenten haben die erneuerbaren Energien längst als ihren wichtigsten Wachstumsbereich ausgemacht und investieren Milliarden. Die wichtigsten Hersteller und Betreiber von Windkraftanlagen sind riesige Konzerne, größtenteils eben jene Industrie- und Energieunternehmen, die man aus der fossilen Zeit schon bestens kennt.

In Spanien protestieren Naturschützer gegen den Wildwuchs von Photovoltaikanlagen und Windrädern. »Die Energiewende in ihrer derzeit geplanten Form wäre der folgenschwerste Umwelteingriff, den Spanien in den vergangenen beiden Jahrhunderten erlebt hat«, sagte ein Vertreter der spanischen Umweltorganisation Aliente dem Online-Magazin Riffreporter. Die Profiteure seien vor allem »die großen spanischen Energieproduzenten und -versorger, ein Oligopol, das noch aus der Franco-Zeit stammt«. Die spanische Bewegung fordert – das ist wichtig – durchaus eine Energiewende, aber eine andere als die sich vollziehende.

Für solche Differenzierungen ist in der Zuspitzung, die ein radikalisierte Aktivismus bedeutet, jedoch kein Platz. Dieser geht zwangsläufig mit Polarisierung, mit Vereinfachung einher. Das mag bei bestimmten Problemen durchaus mal angemessen sein, aber wissenschaftsgeleitet ist es nicht, dessen muss man sich bewusst sein.

Erfolge sind konkret

Die Klimabewegung ist dort erfolgreich, wo sie konkrete Kämpfe führt und den Betriebsablauf stört. Das ist sinnvoller als ein Hungerstreik.

Von Sebastian Weiermann

Ende August traten in Berlin sieben Anhängerinnen und Anhänger der Klimabewegung für über drei Wochen in einen Hungerstreik. Einer von ihnen begann erst am Samstag nach 27 Tagen wieder Nahrung zu sich zu nehmen, nachdem Kanzlerkandidat Olaf Scholz (SPD) ihm telefonisch ein öffentliches Gespräch über Klimapolitik zugesichert hatte – der junge Mann, der zuletzt sogar angekündigt hatte, keine Flüssigkeit mehr zu sich zu nehmen, wertete das als Erfolg.

Seitdem gibt es eine Debatte darüber, ob die Klimabewegung radikaler auftreten sollte. Hungerstreik ist allerdings eines der schlechtesten Beispiele für eine gelungene Radikalisierung des Protests. In der Geschichte der Linken gab es immer wieder Hungerstreiks mit tödlichem Ausgang: von der RAF über die nordirischen Gefangenen um Bobby Sands bis zum Todesfasten in der Türkei. Ein Unterschied dieser Hungerstreiks zum jetzigen besteht jedoch darin, dass die Streikenden im Gefängnis saßen und sich anderer Aktionsformen beraubt sahen. Auf Anhänger der Klimabewegung in Deutschland im Jahr 2021 trifft das nicht zu. Dass sie sich selbst und ihrer Gesundheit Schaden zufügen, um ihre politischen Ziele zu erreichen, kann und muss als Dummheit bezeichnet werden.

Die Auseinandersetzung um den Hambacher Forst steigerte die Dringlichkeit der Debatte über den Kohleausstieg ungemein.

Dass Menschen nach dem x-ten globalen Klimastreik, der wieder nur ein paar Sekunden in den Abendnachrichten und warme, nichtssagende Worte von einigen Politikern eingebracht hat, zu anderen Aktionsformen greifen wollen, ist allerdings mehr als verständlich. Spätestens mit den Schulschließungen in der Covid-19-Pandemie hatte sich Fridays for Future als große Bewegung erledigt. Ja, es gehen immer noch viele Menschen auf die Straße, am Freitag vor der Bundestagswahl nahmen landesweit nach Polizeiangaben wieder einmal deutlich mehr als 100 000 Menschen am globalen Klimastreik teil, die Veranstalter sprachen von 620 000 Demonstranten, aber Fridays for Future hat an Dynamik verloren. Ein neue Bundesregierung unter Beteiligung der Grünen könnte die Bewegung weiter schwächen. Einige werden sich denken: Die Grünen kümmern sich schon ums Klima.

Doch das würde sich wahrscheinlich schnell als Trugschluss herausstellen. Also stellt sich die Frage, wie es mit der Klimabewegung weitergehen soll. Wie lässt sich der Protest zuspitzen? Die Antworten darauf bietet die Bewegung selbst. Bis das Bündnis »Ende Gelände« 2015 zum ersten Mal mit über 1 000 Menschen in den Tagebau Garzweiler in Nordrhein-Westfalen eindrang, sprach in Deutschland fast niemand über Braunkohleabbau, Kohleverstromung oder einen Kohleausstieg. Durch die jährlich größer werdenden Aktionen sorgte »Ende Gelände« dafür, dass der Kohleabbau ins öffentliche Bewusstsein rückte. Medien berichteten, Debatten entstanden. Hätte das Bündnis statt des zivilen Ungehorsams brav am Rand des Tagebaus demonstriert und ein paar Transparente hochgehalten, wäre das wohl nicht passiert.

Radikaler sind Waldbesetzungen, wie es sie im Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen gibt und im Dannenröder Wald in Hessen gab. Die Räumung des Hambacher Forsts im Spätsommer 2018 trieb wöchentlich Tausende Menschen zu Waldspaziergängen und 50 000 Menschen zu einer Großdemonstration. Im Wald nickten ältere Bürger anerkennend, wenn junge Leute Bäume zu Barrikaden aufschichteten oder Gräben aushoben. Die Auseinandersetzung um den Hambacher Forst steigerte die Dringlichkeit der Debatte über den Kohleausstieg ungemein. Dass der Wald noch steht, versucht mittlerweile sogar Laschet als seinen Erfolg zu verkaufen. Ähnliches gilt für den Dannenröder Forst. Die dortigen Proteste führten dazu, dass zumindest kurzzeitig

über eine Verkehrswende und die Sinnhaftigkeit neuer Autobahnbauten diskutiert wurde.

Wo Protest störte und in den regulären Ablauf eingriff, war die Klimabewegung oft erfolgreich. Möglichkeiten dazu gibt es noch viele mehr. Automessen finden nicht nur als Großveranstaltungen statt, wie jüngst die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) in München, sondern es gibt sie auch im Kleinen. Und wenn der Marktplatz, auf dem die örtlichen Autohändler zehn Autos vorführen, blockiert wird, dann ist Aufmerksamkeit sicher. Es muss nicht immer die Großaktion sein, auch muss man nicht sein ganzes Leben verändern und in ein Baumhaus ziehen.

Die Klimakrise hat in jeder Stadt ihre Treiber. Diese zu markieren, zu zeigen, dass der Betrieb störanfällig ist, das wäre eine Möglichkeit für eine radikale Bewegung gegen die menschengemachte Erderwärmung. Und das Beste ist: Keine Geldstrafe, die so eine Aktion mit sich bringen kann, ist so schlimm wie die Gesundheitsgefährdung durch einen wochenlangen Hungerstreik.